



Langenfeld, 10.04.2025

## **Niederschrift**

### **über die 23. Sitzung des Rates (17. WP)**

#### **Sitzungstermin:**

Dienstag, 25.03.2025  
Bürgersaal des Rathauses, Konrad-  
Adenauer-Platz 1, 40764 Langenfeld  
Beginn : 18:00 Uhr  
Ende : 19:23 Uhr

#### **Teilnehmer/innen:**

##### **Vorsitzende/r**

Herr Frank Schneider

##### **Mitglieder**

Herr Josef Aschenbroich	CDU
Frau Dr. Barbara Aßmann	CDU
Frau Dr. Beate Barabasch	Bündnis90/Die Grünen
Herr Tobias Bohn	CDU
Herr Mathias Brach	CDU
Herr Dieter Braschoss	CDU
Herr Jürgen Brüne	CDU

Herr Dieter Busche	BGL
Frau Michaela Detlefs-Doege	CDU
Frau Jasna Franz	CDU
Herr Felix Freitag	BGL
Herr Torsten Fuhrmann	BGL
Herr Dr. Günter Herweg	Bündnis90/Die Grünen
Herr Marco Hindrichs	CDU
Herr Kurt Jaegeler	SPD
Herr Detlef Jakob	BGL
Herr Franz Janssen	Bündnis90/Die Grünen
Herr Thomas Kirbisch	CDU
Herr Tim Koesling	CDU
Herr Stephan Lauber	SPD
Herr Georg Loer	CDU
Herr Sven Lucht	BGL
Frau Heike Lützenkirchen	SPD
Herr Wolfgang Mark	CDU
Frau Hiltrud Markett (ab TOP Ö 7)	CDU
Herr Andreas Menzel	BGL
Herr Dirk Niemeyer	Bündnis90/Die Grünen
Herr Frank Noack	FDP
Herr Carsten Nummert	Bündnis90/Die Grünen
Frau Paula Pollok	CDU
Herr Lothar Portugall	CDU
Frau Birgit Radke	Bündnis90/Die Grünen
Herr Marcus Rexfort	BGL

Herr Stephan Rosenbaum	CDU
Herr Mark Schimmelpfennig	SPD
Frau Yvonne Schramm	BGL
Herr Dirk Schulz-Tillenburg	CDU
Herr Andre Sersch	CDU
Herr Johannes Spieth	Bündnis90/Die Grünen
Herr Freerik Vogelfänger	CDU
Frau Beate Wagner	FDP
Herr Dirk Weinfurth	BGL
Herr Ingo Wenzel	CDU
Herr Gerold Wenzens	BGL
Herr Christian Wozny	BGL

#### **Schritfführer/in**

Herr Robin Ziskofen

#### **Verwaltung**

Herr Christian Benzrath

Herr Thomas Küppers

Herr Armin Müller

Herr Torsten Nilson

Herr Stefan Pollmanns

Frau Christiane Schärfke

Frau Nina Vogt

Frau Sonja Wienecke

#### **Entschuldigt:**

## **Mitglieder**

Frau Elke Horbach

fraktionslos

Herr Rolf Kamp

CDU

Herr Andreas Krömer

BGL

Herr Dietmar Sonntag

Bündnis90/Die Grünen

## **Verwaltung**

Herr Thomas Grieger

## Tagesordnung:

### A Tagesordnung der öffentlichen Sitzung

	TOP	Drucksache
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Einwohnerfragestunde	
3	Anmerkungen zur Niederschrift	
4	Bericht über die Ausführung der Beschlüsse	
5	Mitteilungen des Bürgermeisters	
6	Anregung nach § 24 GO NRW: ÖPNV-Konzept	17/2212
7	Feststellung des Jahresabschlusses 2023 der Stadt Langenfeld/Rhld. und den Beschluss über den Ausgleich des Jahresfehlbetrages 2023	17/2177
8	Entlastung des Bürgermeisters der Stadt Langenfeld/Rhld. für das Haushaltsjahr 2023	17/2176
9	Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Absatz 1 GO NRW : Finanzierung Alltagshelferstellen der freien Träger	17/2125
10	Überplanmäßige Mittel 2024 im Produkt 01.07.04 Fuhrpark	17/2187
11	Satzung des Partnerschaftskomitees der Stadt Langenfeld Rhld.	17/1980/2
12	Stellplatzsatzung	17/2147
13	Änderungssatzung zur Satzung für die Wahl der Mitglieder des Integrationsrates	17/2209
14	Abwasserbeseitigungskonzept der Stadt Langenfeld 2024 - 2029	17/2144
15	Gemeindliches Einvernehmen für eine Windenergieanlage	17/2145/1
16	155. Änderung des FNP „Iltisweg / Alte Schulstraße“ Aufstellungsbeschluss mit geändertem Geltungsbereich, Beratung über das Ergebnis der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (1) BauGB, TÖB-Beteiligung gem. § 4 (1) BauGB -	17/1691/1
17	Bebauungsplan "Re-60 Iltisweg / Alte Schulstraße" - Aufstellungsbeschluss mit geändertem Geltungsbereich, Beratung über das Ergebnis der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (1) BauGB, TÖB-Beteiligung gem. § 4 (1) BauGB -	17/1690/1
18	Bebauungsplan "I-113 Hardt / Gladbacher Straße" - Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses -	16/828/1
19	Bebauungsplan I-118 Alte Weberei Hardt - Aufstellungsbeschluss, Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB -	17/2123
20	Bebauungsplan "Ri-41 Martin-Buber-Straße" - Beratung über das Ergebnis der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB im Internet, Abwägung aller Stellungnahmen, Satzungsbeschluss -	17/1879/1
21	Bebauungsplan "Ri-42 Hildener Straße - Süd" - Aufstellungsbeschluss, Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (1) BauGB -	17/2127
22	Vorlage zur Bezahlkarte	17/2141
23	Ausschussumbesetzung	
23.1	Antrag der B/G/L-Fraktion: Ausschussumbesetzungen	17/2205
23.2	Antrag der SPD-Fraktion: Ausschussumbesetzungen	17/2206
23.3	Antrag der CDU-Fraktion: Ausschussumbesetzungen	17/2216
23.4	Antrag der FDP-Fraktion: Ausschussumbesetzungen	17/2217
23.5	Antrag der Fraktion B90/Die Grünen: Ausschussumbesetzung	17/2219
24	Anträge	
25	Anfragen	
25.1	Anfrage CDU-Fraktion: Schutzmaßnahmen Freiluftfeste	17/2210

## **B Tagesordnung der nichtöffentlichen Sitzung**

	<b>TOP</b>	<b>Drucksache</b>
1	Eröffnung nichtöffentliche Sitzung	
2	Anmerkungen zur Niederschrift	
3	Bericht über die Ausführung der Beschlüsse	
4	Mitteilungen des Bürgermeisters	
5	Namen-Zuordnungslisten zu den Bauleitplänen	
6	Nebeneinnahmen des Bürgermeisters für das Jahr 2024	17/2204
7	Verkauf eines Grundstücks in Immigrath	17/2146
8	Mitteilungen und Anfragen	

## **Öffentliche Sitzung**

### **1 Eröffnung der Sitzung**

BM Schneider eröffnet die 23. Sitzung des Rates der Stadt Langenfeld Rhld. (17. WP) um 18:00 Uhr. Er stellt die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er teilt mit, dass die RH Krömer, Kamp und Sonntag sowie RF Horbach entschuldigt fehlen. RF Markett verspätet sich. Darüber hinaus teilt er mit, dass RF Serag ihr Ratsmandat am Sitzungstag niedergelegt hat.

### **2 Einwohnerfragestunde**

Eine Einwohnerin meldet sich zu Wort und fragt, welche Erwägungen und Daten dazu führen würden, Mehlsbruch-Gieslenberg nicht an den ÖPNV anzubinden.

Herr Küppers erläutert, dass die Entscheidung keine Anbindung durch einen Linienbetrieb vorzusehen, multikausal betrachtet werden müsse. Basis seien insbesondere Informationen und fachliche Einschätzungen, welche im Rahmen der Erstellung des ÖPNV-Konzeptes für das gesamte Stadtgebiet erarbeitet worden seien, ebenso frühere Erhebungen. Das Anrufsammeltaxi, welches in Mehlsbruch-Gieslenberg verkehre, werde zudem nur gering frequentiert, Tendenz sinkend.

Die Einwohnerin fragt, ob Einsicht in die Informationen gewährt werden könne. Sie merkt zudem an, dass das Anrufsammeltaxi nicht zuverlässig käme, wenn es gerufen werde, weshalb dieses nun als Folge auch weniger genutzt werde.

Herr Küppers sagt zu, Einsicht im Rahmen eines persönlichen Gesprächs zu gewähren und zugrundeliegende Erwägungen weiterführend zu erläutern.

Ein Einwohner nimmt Bezug auf die Stellungnahme der Verwaltung unter TOP Ö 6 und bewertet diese als zeitlich überholt. Die Sachlage in Mehlsbruch-Gieslenberg stelle sich mittlerweile anders dar als beschrieben. Er fragt, ob die Entscheidung des Rates, Mehlsbruch-Gieslenberg nicht an den ÖPNV anzubinden, lediglich aus Kostengründen getroffen wurde.

Herr Küppers führt aus, dass wirtschaftliche Aspekte immer eine Rolle spielen müssten. Das bedeute jedoch nicht, dass dies als einziges Kriterium herangezogen werde. Es handele sich immer um eine Gesamtabwägung aller Belange, auch der Bedarfslage in den Stadtteilen.

Der Einwohner fragt, ob überhaupt eine Buslinie in Langenfeld kostendeckend oder gar gewinnbringend betrieben werde.

Herr Küppers verneint dies.

### **3 Anmerkungen zur Niederschrift**

Es werden keine Anmerkungen gemacht.

### **4 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse**

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse liegt schriftlich vor.

RH Noack fragt nach dem Stand der Sponsorensuche hinsichtlich des Pump-Tracks.

Herr Küppers erklärt, dass die Sponsorensuche bislang nicht abgeschlossen sei.

## **5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

Herr Benzrath berichtet:

1. Die Aufschaltung der Feuerwehreinsatzzentrale auf die Kreisleitstelle erfolgt am 01.04.2025. Mit der Stadt Monheim wird die bisherige öffentlich-rechtliche Vereinbarung zu diesem Datum einvernehmlich aufgelöst und der Genehmigungsantrag bei der Bezirksregierung Düsseldorf (BezReg) zurückgenommen.
2. Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit Monheim zur gemeinsamen Geschwindigkeitsüberwachung wurde redaktionell den Anforderungen der BezReg angepasst. Da Langenfeld und Monheim Vorreiter seien, habe man noch einige Fragen klären müssen. Die grundsätzlichen Zuständigkeiten, Kosten und Personalfragen seien unverändert geblieben, sodass in Übereinstimmung mit der BezReg die Räte nun informiert werden können. Er geht davon aus, dass in Kürze die Zustimmung der BezReg vorliegen würde. Die gemeinsame Geschwindigkeitsüberwachung könne dann, mit etwas Verzögerung, im Sommer beginnen.

## **6 Anregung nach § 24 GO NRW: ÖPNV-Konzept**

**17/2212**

RH Wenzel erläutert den Entstehungs- und Beratungsprozess des ÖPNV-Konzeptes dahingehend, dass dieser sehr detailliert, daher auch sehr langwierig erfolgt sei. Aufgrund der vorliegenden Anregung und des dort zum Ausdruck gebrachten großen Interesses der Einwohnerschaft sehe er jedoch weiteren Beratungsbedarf und die Erörterung von Lösungsmöglichkeiten als notwendig an. Er spreche sich daher für eine Verschiebung in den zuständigen Bau- und Verkehrsausschuss (BVK) aus.

RH Menzel schließt sich den vorherigen Ausführungen an und spricht sich ebenso dafür aus, die Anregung im BVK weitergehend zu beraten. Er wünsche sich von der Verwaltung eine klarere Datenlage, auf Basis derer entschieden werden könne.

RH Schimmelpfennig und RH Noack sprechen sich ebenfalls für eine Beratung im BVK aus. Sie werben dafür, auch andere Konzepte als eine klassische Buslinie mitzudenken.

RH Dr. Herweg befürwortet gleichermaßen eine Beratung im BVK. Er kritisiert, dass die Verwaltung zum wiederholten Male dem Rat vorschläge, eine Anregung im Verkehrsbereich abzulehnen, anstatt diese in den Fachausschuss zu verweisen. So dürfe mit Anregungen aus der Einwohnerschaft nicht umgegangen werden. Die in der Vorlage dargestellte Sach- und Rechtslage sei zudem fehlerhaft.

BM Schneider erklärt, auch mit dem Hinweis auf die Beschlusslage zum ÖPNV-Konzept, die Verwaltung spreche Empfehlungen an den Rat nicht pauschal, sondern nach sorgfältiger Prüfung der Sachlage aus. Zukünftig werde die Verwaltung empfehlen, Anregungen sogleich in den entsprechenden Ausschuss zu verweisen.

**Beschluss:**

„Der Rat der Stadt Langenfeld Rhld. verschiebt die Anregung nach § 24 GO NRW „ÖPNV-Konzept“ zur weiteren Beratung in eine der nächsten Sitzungen des Bau- und Verkehrsausschusses.“

Beschluss: einstimmig beschlossen

Ergebnis: Ja 45 Nein 0 Enthaltung 0

**7 Feststellung des Jahresabschlusses 2023 der Stadt Langenfeld/Rhld. und den Beschluss über den Ausgleich des Jahresfehlbetrages 2023**

**17/2177**

RF Markett nimmt an der Sitzung teil.

RH Wenzens fragt, ob das Jahresergebnis 2024 bereits vorliegen würde.

Herr Nilson erklärt, Buchungsschluss sei in der nächsten Woche und die Kämmerei befinde sich in der Aufstellungsphase.

**Weitere, ergänzende Unterlagen zur Vorlage liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.**

**Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Langenfeld/Rhld. stellt den vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Jahresabschluss 2023 mit einer Bilanzsumme von 602.701.854,21 € fest.
2. Der Rat der Stadt Langenfeld/Rhld. beschließt den Jahresfehlbetrag in Höhe von 8.509.639,28 € aus der Ausgleichsrücklage zu decken.“

Beschluss: einstimmig beschlossen

Ergebnis: Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0

**8 Entlastung des Bürgermeisters der Stadt Langenfeld/Rhld. für das Haushaltsjahr 2023**

**17/2176**

RH Braschoss übernimmt aufgrund der Befangenheit von BM Schneider für diesen Tagesordnungspunkt die Sitzungsleitung.

**Beschluss:**

„Auf der Grundlage der schriftlichen Mitteilung des Rechnungsprüfungsausschusses über das Ergebnis des geprüften Jahresabschlusses 2023 erteilt der Rat der Stadt Langenfeld/Rhld. dem Bürgermeister nach § 96 (1) Satz 5 der Gemeindeordnung NRW die Entlastung für das Haushaltsjahr 2023“

Beschluss: einstimmig beschlossen

Ergebnis: Ja 45 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 1

**9 Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Absatz 1 GO NRW :  
Finanzierung Alltagshelferstellen der freien Träger**

**17/2125**

**Beschluss:**

- „1. Aufgrund äußerster Dringlichkeit, beschließen die Unterzeichner gemäß § 60 Absatz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der zurzeit geltenden Fassung: Zur Finanzierung offener Positionen werden in Produkt 06.01.01 für die Finanzierung der Alltagshelferstellen der freien Träger weitere 100.000 Euro im Haushalt 2024 zur Verfügung gestellt.

Gez.  
Frank Schneider  
(Bürgermeister)

Gez.  
Gerold Wenzens  
(Ratsmitglied)

2. Für den Rat: Vorstehende Dringlichkeitsentscheidung wird gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW in der zurzeit gültigen Fassung genehmigt.“

Beschluss: einstimmig beschlossen

Ergebnis: Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0

**10 Überplanmäßige Mittel 2024 im Produkt 01.07.04 Fuhrpark**

**17/2187**

**Beschluss:**

„Der Rat der Stadt Langenfeld beschließt, im Produkt 01.07.04 (Fuhrpark) für die Unterhaltung / Betrieb der Kraftfahrzeuge und Maschinen- überplanmäßige Mittel in Höhe von 52.000 € bereitzustellen.“

Beschluss: einstimmig beschlossen

Ergebnis: Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0

**11 Satzung des Partnerschaftskomitees der Stadt Langenfeld  
Rhld.**

**17/1980/2**

Frau Schärfke erläutert, dass dieser Beschlussvorschlag eine Synopse mit zwei Versionen beinhalte. Zum einen die im Haupt- und Finanzausschuss vom 11.04.2025 eingebrachte Fassung und zum anderen eine solche, welche die dort und in der Folge im Partnerschaftskomitee erwogenen Anpassungen beinhalte. Die Version vom 20.03.2025 werde zur Abstimmung gestellt.

**Beschluss:**

„Der Rat der Stadt Langenfeld Rhld. beschließt die anliegende Fassung der Satzung des Partnerschaftskomitees der Stadt Langenfeld Rhld.

Die Anlage 1 mit den Änderungen der Synopse (Anlage 2) in der Fassung vom 20.03.2025 Bestandteil des Beschlusses.“

Beschluss: einstimmig beschlossen

Ergebnis: Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0

**12 Stellplatzsatzung**

**17/2147**

**Beschluss:**

„Die als Anlage beigefügte Satzung über die notwendigen Stellplätze für Kraftfahrzeugstellplätze und Fahrradabstellplätze (Stellplatzsatzung) wird als örtliche Bauvorschrift i.S.d. § 89 Abs. 1 Nr. 4 BauO NRW 2018 beschlossen.“

Beschluss: einstimmig beschlossen

Ergebnis: Ja 44 Nein 0 Enthaltung 2

**13 Änderungssatzung zur Satzung für die Wahl der Mitglieder des Integrationsrates**

**17/2209**

**Beschluss:**

„Der Rat der Stadt Langenfeld Rhld. beschließt die anliegende 2. Änderungssatzung zur Satzung für die Wahl der Mitglieder des Integrationsrates der Stadt Langenfeld Rhld. Die Anlage 2 ist Bestandteil dieses Beschlusses.“

Beschluss: einstimmig beschlossen

Ergebnis: Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0

**14 Abwasserbeseitigungskonzept der Stadt Langenfeld 2024 - 2029**

**17/2144**

**Beschluss:**

„Das Abwasserbeseitigungskonzept 2024 – 2029 – 2035 wird mit der als Anlage beigefügten Maßnahmenliste für 2024 bis 2029 und den Übersichtsplänen beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, das Konzept gem. § 47 LWG NRW bei der Bezirksregierung Düsseldorf vorzulegen.“

Beschluss: einstimmig beschlossen

Ergebnis: Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0

**15 Gemeindliches Einvernehmen für eine Windenergieanlage**

**17/2145/1**

**Beschluss:**

- „1. Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Langenfeld erteilt per Eilbeschluss gemäß § 60 Abs.1 GO NRW zu den Anträgen gemäß § 4 bzw. § 16 Bundesimmissionsschutzgesetz der SL Windenergie GmbH, Gladbeck vom 14.01.2025 für die Errichtung und den Betrieb einer Windenergieanlage auf den Flurstücken 40 und 39 in der Flur 4 der Gemarkung Reusrath das gemeindliche Einvernehmen gemäß § 36 Baugesetzbuch.
2. Der Rat der Stadt Langenfeld genehmigt die vorstehende Eilentscheidung gemäß § 60 Abs1 GO NRW.“

Beschluss: mehrheitlich beschlossen

Ergebnis: Ja 44 Nein 2 Enthaltung 0

**16 155. Änderung des FNP „Iltisweg / Alte Schulstraße“  
Aufstellungsbeschluss mit geändertem Geltungsbereich,  
Beratung über das Ergebnis der Öffentlichkeitsbeteiligung  
gem. § 3 (1) BauGB, TÖB-Beteiligung gem. § 4 (1) BauGB -**

**17/1691/1**

RH Aschenbroich nimmt aufgrund von Befangenheit nicht an der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes teil.

RH Wenzens erklärt die Ablehnung der B/G/L-Fraktion zu diesem Vorhaben damit, dass die Grundidee der Wohnbebauung sowie einer Kindertagesstätte (KiTa) zwar zu begrüßen sei, mit Blick auf die Aspekte Entwässerung, Versiegelung sowie Verkehrsanbindung jedoch starke Bedenken bestehen würden. Solange diese Aspekte nicht gelöst seien, könne seine Fraktion nicht zustimmen.

RH Menzel führt aus, dass es am unteren Feldbereich des Ohrenbuschs zu baulichen Maßnahmen wie der Entfernung eines Feldweges gekommen sei. Er fragt, ob dies bereits eine vorbereitende Maßnahme zum Hochwasserschutz sei.

Herr Küppers verneint dies. Die Maßnahmen stünden in keinem Zusammenhang mit dem Vorhaben. Es handele sich um eine private Fläche.

RH Noack erklärt, auch die FDP-Fraktion werde die Vorlage ablehnen. Die Bebauung sei zu eng, die Versiegelung zu hoch und auch er sehe Probleme hinsichtlich der Entwässerung.

RH Dr. Herweg stimmt den Ausführungen seiner Vorredner nicht zu. Die Gutachten hätten die bestehenden Bedenken ausgeräumt, weshalb die Fraktion B90/Die Grünen der Vorlage zustimmen werde. Die vorgesehene Bebauung sei wichtig für die Bedürfnisse der Bevölkerung, weshalb das Verfahren weiter vorangetrieben werden sollte.

RH Lauber stellt ausdrücklich klar, dass es sich bei der Vorlage um einen Aufstellungsbeschluss handele und weitere Gutachten folgen würden. Es könnten weiterhin Anpassungen vorgenommen werden. Für ihn sei es deshalb unverständlich, weshalb diese Vorlage von zwei Fraktionen abgelehnt werde. Die SPD-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

RH Loer schließt sich den Ausführungen von RH Dr. Herweg und RH Lauber an. Er führt weitergehend aus, dass sich die Wasserschutzmaßnahmen zudem positiv auf die bereits bestehende Bebauung auswirken würden. Die CDU-Fraktion werde der Vorlage daher zustimmen.

Herr Küppers wirbt für die Zustimmung zu diesem Vorhaben. Die Auseinandersetzung mit den kritischen Themen sei in der Tiefe bereits überobligatorisch erfolgt; zudem sei eine Nachjustierung im weiteren Verfahren möglich.

RH Brüne erklärt seine Irritation darüber, dass die B/G/L-Fraktion im Jugendhilfeausschuss eine Anfrage zum Sachstand des KiTa-Ausbaus gestellt habe, jedoch dem Flächennutzungs- und Bebauungsplan, der eine KiTa vorsehen würde, nicht zustimme. Fraktionsübergreifender Tenor im Jugendhilfeausschuss sei, dass es weiterer KiTa-Plätze in Langenfeld bedürfe, insbesondere in Reusrath. Gleichermaßen verhalte es sich mit dem Bau von bezahlbarem Wohnraum, der dringend benötigt werde.

RH Wenzens erwidert, seine Fraktion sehe den Bedarf, der Standort hingegen sei in diesem Fall jedoch möglicherweise ungeeignet.

RH Schimmelpfennig betont, eine Ablehnung dieses Vorhabens stehe im Widerspruch zu den öffentlichen Bekundungen, bezahlbaren Wohnraum schaffen zu wollen.

## **Beschluss:**

- „1. Zur 155. Änderung des Flächennutzungsplanes „Iltisweg / Alte Schulstraße“ wurde am 10.04.2024 die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB durchgeführt. Die Niederschrift über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit vom 10.04.2024 ist zur Kenntnis als Anlage (Anlage 4) beigelegt, ebenso die abgegebenen Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB, die Anregungen enthielten (Anlagen 5-6). Der Planungs-, Umwelt- und Klimaausschuss nimmt das Ergebnis der frühzeitigen Bürgerbeteiligung gemäß § 3 (1) BauGB zur Kenntnis.
2. Zur 155. Änderung des Flächennutzungsplanes „Iltisweg / Alte Schulstraße“ werden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB beteiligt.
3. Gemäß § 2 (1) wird die 155. Änderung des Flächennutzungsplanes „Iltisweg / Alte Schulstraße“ mit neuer Gebietsbegrenzung aufgestellt und der alte Aufstellungsbeschluss vom 19.03.2024 aufgehoben.

### Gebietsbegrenzung für die 155. Änderung des Flächennutzungsplanes „Iltisweg / Alte Schulstraße“

Im Norden: Der Schnittpunkt der Verlängerung der nördlichen Grenze des Flurstücks 99, Flur 16 mit der östlichen Grenze des Flurstücks 100, Flur 16; die nördliche Grenze des Flurstücks 99, Flur 16; die Verlängerung der nördlichen Grenze des Flurstücks 99, Flur 16 bis zum Schnittpunkt mit einer zur westlichen Grenze des Flurstücks 36, Flur 16 in 3 m Entfernung verlaufenden Parallele; die 3 m entfernte Parallel zur westlichen Grenze des Flurstücks 36, Flur 16; die 3 m entfernte Parallel zur westlichen Grenze des Flurstücks 100, Flur 16 mit einer Länge von 85 m (vgl. Beschreibung Westgrenze); eine Orthogonale zur westlichen Grenze des Flurstücks 100, Flur 16 mit einer Länge von 55 m in östlicher Richtung; eine Orthogonale zur westlichen Grenze des Flurstücks 100, Flur 16 mit einer Länge von 85 m in südlicher Richtung; die Nordgrenze des Flurstücks 36, Flur 16; die westliche Grenze des Flurstücks 36 in der Flur 16.

Im Osten: Die östliche Grenze des Flurstücks 100 in der Flur 16; die Ostgrenze des Flurstücks 35 in der Flur 16; die südliche Grenze des Flurstücks 35 in der Flur 16; eine Verbindung zwischen dem Punkt auf der südlichen Grenze des Flurstücks 35 in der Flur 16 mit dem nordwestlichen Grenzpunkt des Flurstücks 22 in der Flur 9; die Westgrenze des Flurstücks 22 in der Flur 9 bis zum Schnittpunkt der südlichen Gebietsbegrenzung.

Im Süden: Die südliche Grenze des Flurstücks 255; die Verlängerung des Grenzpunktes des v. g. Flurstücks über den Iltisweg bis zum Schnittpunkt mit der westlichen Grenze des Flurstücks 785 (beide Flurstücke liegen in der Flur 9).

Im Westen: Die Westgrenze des Flurstücks 785, Flur 9 (Westgrenze des Iltiswegs); die nördliche Verlängerung der westlichen Grenze des Iltiswegs bis zu einer um 3,0 m nach Westen verschobenen Parallele zur östlichen Grenze des Flurstücks 2 in der Flur 15; die nördliche Verlängerung dieser um 3,0 m nach Westen verschobenen Parallele der Grenze des Flurstücks 2 in der Flur 15 bis zum Schnittpunkt der nördlichen Grenze des Geltungsbereichs, die durch die um 85,0 m nach Norden verschobenen Parallele zur Grenze des Flurstücks 36 in der Flur 16 bestimmt ist.

Das Plangebiet hat eine Größe von ca. 3,0 ha. Alle genannten Flurstücke bzw. die Fluren 9, 15 und 16 liegen in der Gemarkung Reusrath.“



Im Süden: Die südliche Grenze des Flurstücks 255; die Verlängerung des Grenzpunktes des v. g. Flurstücks über den Ittisweg bis zum Schnittpunkt mit der westlichen Grenze des Flurstücks 785 (beide Flurstücke liegen in der Flur 9).

Im Westen: Die Westgrenze des Flurstücks 785, Flur 9 (Westgrenze des Ittiswegs); die nördliche Verlängerung der westlichen Grenze des Ittiswegs bis zu einer um 3,0 m nach Westen verschobenen Parallele zur östlichen Grenze des Flurstücks 2 in der Flur 15; die nördliche Verlängerung dieser um 3,0 m nach Westen verschobenen Parallele der Grenze des Flurstücks 2 in der Flur 15 bis zum Schnittpunkt der nördlichen Grenze des Geltungsbereichs, die durch die um 85,0 m nach Norden verschobenen Parallele zur Grenze des Flurstücks 36 in der Flur 16 bestimmt ist.

Das Plangebiet hat eine Größe von ca. 3,0 ha. Alle genannten Flurstücke bzw. die Fluren 9, 15 und 16 liegen in der Gemarkung Reusrath.“

Beschluss: mehrheitlich beschlossen

Ergebnis: Ja 32 Nein 13 Enthaltung 0 Befangen 1

**18      Bebauungsplan "I-113 Hardt / Gladbacher Straße"  
- Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses -**

**16/828/1**

**Beschluss:**

„Der Aufstellungsbeschluss vom 26.09.2017 (DS 16/828) gemäß § 2 (1) BauGB des Bebauungsplanes „I-113 Hardt / Gladbacher Straße“ wird aufgehoben.“

Beschluss: einstimmig beschlossen

Ergebnis: Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0

**19      Bebauungsplan I-118 Alte Weberei Hardt -  
Aufstellungsbeschluss, Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß §  
3 (1) BauGB -**

**17/2123**

**Beschluss:**

„1. Gemäß § 2 (1) i. V. m. § 13a BauGB wird der Bebauungsplan „I-118 Alte Weberei Hardt“ aufgestellt.“

**Geltungsbereich des Bebauungsplanes „I-118 Alte Weberei Hardt“**

Im Norden: Die Straße Hardt.

Die Nordgrenzen der Flurstücke 221, 226, 228, 246 und 238. Die genannten Flurstücke liegen in der Flur 6. Ein Teil der Nordgrenze des Flurstücks 346 (Flur 6) ausgehend vom westlichen Grenzpunkt bis zu einem Punkt auf dieser Flurstücksgrenze, der eine Orthogonale auf den nordöstlichen Grenzpunkt des Flurstücks 645 (Flur 9) ermöglicht.



alle Unterlagen für die Dauer eines Monats, als leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeit im Sinne von § 3 (2) S. 2 BauGB, öffentlich ausgelegt.

Über die Stellungnahmen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange, die Anregungen enthielten (Anlagen 11-20), wird gemäß dem Verwaltungsvorschlag (Abwägungen Anlage 21), beschlossen.

2. In der Zeit vom 29.04.2024 bis einschließlich 31.05.2024 fand die Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB statt. Über die Stellungnahmen der Behörden, die Anregungen enthielten (Anlagen 08.1-08.4), hat der Rat in seiner Sitzung vom 17.09.2024 (17/1879) beschlossen. Dieser Beschluss hat weiterhin Bestand.
3. Zu den während und im Nachgang zu der am 10.04.2024 durchgeführten frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB abgegebenen Stellungnahmen, die Anregungen enthielten hat der Rat in seiner Sitzung vom 17.09.2024 (17/1879) ebenfalls beschlossen. Dieser Beschluss hat weiterhin Bestand.
4. Der Bebauungsplan „Ri-41 Martin-Buber-Straße“ wird gemäß § 10 BauGB in Verbindung mit den §§ 7 und 41 GO NRW als Satzung beschlossen.  
Zum Bebauungsplan „Ri-41 Martin-Buber-Straße“ gehört die Begründung vom 04.07.2024 (Anlage 05.1-05.2) nebst Anlagen.“

Beschluss: einstimmig beschlossen

Ergebnis: Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0

**21      Bebauungsplan "Ri-42 Hildener Straße - Süd" -  
Aufstellungsbeschluss, Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3  
(1) BauGB -**

**17/2127**

**Beschluss:**

- „1. Gemäß § 2 (1) i. V. m. § 13a BauGB wird der Bebauungsplan „Ri-42 Hildener Straße - Süd“ aufgestellt.

Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Ri-42 Hildener Straße - Süd“

Im Westen: Die Güterbahnstrecke 2324;  
Die Westgrenzen der Flurstücke 253, 1033 und 1029 sowie deren südliche Verlängerung bis zum Schnittpunkt mit der westlichen Verlängerung der Südgrenze des Flurstücks 501.

Im Süden: Der Winkelsweg:  
Die Südgrenze des Flurstücks 501 und deren westliche Verlängerung bis zum Schnittpunkt mit der südlichen Verlängerung der Westgrenze des Flurstücks 1029; die Südgrenzen der Flurstücke 1028 und 989; die Verbindung des nord-östlichen Grenzpunktes des Flurstücks 989 mit dem süd-östlichen Grenzpunkt des Flurstücks 480; die Ostgrenze des Flurstücks 480 sowie die Verbindung des nord-östlichen Grenzpunktes des Flurstücks 480 mit dem süd-östlichen Grenzpunkt des Flurstücks 1365.

Im Norden: Die Hildener Straße (L 403);  
Die Nordgrenze des Flurstücks 454 (Flur 7) und die Nord-Ostgrenze des Flurstücks 499; die Nordgrenzen der Flurstücke 499 und 253.

Mit Ausnahme des Flurstücks 454, welches zur Flur 7 gehört, liegen alle genannten Flurstücke in der Flur 8 der Gemarkung Richrath.

Die Fläche des Geltungsbereichs des Bebauungsplans „Ri-42 Hildener Straße-Süd“ beträgt rd. 1,5 ha.

2. Gemäß § 3 (1) BauGB wird die Öffentlichkeit frühzeitig beteiligt.“

Beschluss: einstimmig beschlossen

Ergebnis: Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0

## 22 Vorlage zur Bezahlkarte

17/2141

### **Beschluss:**

„Der Rat der Stadt Langenfeld lehnt die derzeitige Einführung der Bezahlkarte für Flüchtlinge ab und macht Gebrauch von der Opt-Out Regelung in § 4 der Bezahlkartenverordnung des Landes NRW vom 02.01.2025.“

Beschluss: mehrheitlich beschlossen

Ergebnis: Ja 44 Nein 2 Enthaltung 0

## 23 Ausschusumbesetzungen

### 23.1 Antrag der B/G/L-Fraktion: Ausschusumbesetzungen

17/2205

#### **Ausschuss für Kultur**

1	RH Lucht, Sven	stlv	SB Klein, Alex
2	RF Schramm, Yvonne	stlv	<b>SB Dauwan, Seenakshi Verma</b>
3	SB Freitag, Susanne	stlv	SB Demeter, Nadine
4	SB Jakob, Petra	stlv	<b>SB Kubosch, Klaus</b>

#### **Ausschuss für Bau und Verkehr**

8	RH Menzel, Andreas	8	RH Wenzens, Gerold
9	RH Jakob, Detlef	9	RH Wozny, Christian
10	SB Kronenberg, Christian	10	<b>SB Kubosch, Klaus</b>
11	SB Müller, Hubert	11	<b>SB Dauwan, Seenakshi Verma</b>

Beschluss: einstimmig beschlossen

Ergebnis: Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0

### 23.2 Antrag der SPD-Fraktion: Ausschusumbesetzungen

17/2206

#### **Jugendhilfeausschuss**

Mitglied:

RH Mark Schimmelpfennig

Vertretung:

RF Heike Lützenkirchen

### **Bau- und Verkehrsausschuss**

Mitglied:

RF Heike Lützenkirchen

RH Stephan Lauber

Vertretung:

RH Kurt Jaegeler

SB Joachim Herzig

SB Bernhard Baer

SB Kathrin Lepper-Wiebusch

SB Reinhard Palenta

SB Sascha Greszat

SB Marc Nasemann

SB Dr. Daniel Dorow-Gerspach

SB Susanne Schimmelpfennig

### **Ausschuss für Planung, Umwelt und Klima**

Mitglied:

RH Stephan Lauber

SB Sascha Vilz

Vertretung:

SB Reinhard Palenta

SB Joachim Herzig

SB Bernhard Baer

SB Kathrin Lepper-Wiebusch

SB Marc Nasemann

SB Dr. Daniel Dorow-Gerspach

SB Susanne Schimmelpfennig

### **Gesellschafterversammlung der Stiftung Haus Graven gGmbH**

Mitglied:

RH Mark Schimmelpfennig

Vertretung:

RF Heike Lützenkirchen

### **Ausschuss für Soziales und Ordnung**

Mitglied:

RH Kurt Jaegeler

SB Susanne Schimmelpfennig

Vertretung:

RF Heike Lützenkirchen

SB Isabelle Halmans

SB Kathrin Lepper-Wiebusch

SB Bernhard Baer

SB Joachim Herzig

SB Reinhard Palenta

### **Kulturausschuss**

Mitglieder:

unverändert

Vertretung:

RF Heike Lützenkirchen

SB Marc Nasemann

SB Susanne Schimmelpfennig

SB Dr. Daniel Dorow-Gerspach

SB Reinhard Palenta

Beschluss: einstimmig beschlossen

Ergebnis: Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0

## **23.3 Antrag der CDU-Fraktion: Ausschussumbesetzungen**

**17/2216**

**Ausschuss**

Ausschuss für Soziales und Ordnung  
 Sportausschuss  
 Sportausschuss  
 Schulausschuss

**Mitglied bisher**

SB Julian Rund  
 SB Julian Rund  
 SB Ulrich Meyer  
 SB Malte Schraven

**Mitglied neu**

SB Hans-Werner Graffweg  
 SB Rainer Broichgans  
 SB David Kirschey  
 RH Ingo Wenzel

**Ausschuss**

Sportausschuss  
 Schulausschuss  
 Bau- und Verkehrsausschuss  
 Stadtentwicklungsgesellschaft

**stellv. Mitglied bisher**

SB Reinhard Roth  
 SB Christin Manderla  
 RH Dominic Müller  
 RF Jasna Franz

**stellv. Mitglied neu**

Guido Halbach  
 SB Marcus Busse  
 SB Niklas Noack  
 RH Ingo Wenzel

Beschluss: einstimmig beschlossen

Ergebnis: Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0

**23.4 Antrag der FDP-Fraktion: Ausschussumbesetzungen****17/2217****Ausschuss für Bau und Verkehr**

Vertreter bisher  
 Niklas Derwort

Vertreter zukünftig  
 Niklas Derwort / Kay Scharrenbroch

**Jugendhilfeausschuss**

Vertreter bisher  
 Astrid Noack

Vertreter zukünftig  
 Alexander Berg

Beschluss: einstimmig beschlossen

Ergebnis: Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0

**23.5 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen: Ausschussumbesetzung****17/2219****Jugendhilfeausschuss**

Mitglied bisher: Holger Kregeloh

Neu: Cedric Deden

Vertretung bleibt: Franz Janssen

Beschluss: einstimmig beschlossen

Ergebnis: Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0

**24 Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

**25 Anfragen****25.1 Anfrage CDU-Fraktion: Schutzmaßnahmen Freiluftfeste****17/2210**

„Welche Schutzmaßnahmen werden seitens der Verwaltung und Polizei eingesetzt werden, um in der anstehenden Saison der Freiluftfeste für zusätzlichen Schutz der Bevölkerung zu sorgen?“

Die Beantwortung der Anfrage liegt der Niederschrift als Anlage bei.

RH Braschoss dankt der Verwaltung für die Beantwortung sowie die Erhöhung der Schutzmaßnahmen für die anstehenden Freiluftfeste.

BM Schneider schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:16 Uhr.



Der Bürgermeister  
Frank Schneider



Schriftführer  
Robin Ziskofen